

Parteien verbünden sich gegen umstrittene Online-Petition

Die drei Stuttgarter Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir (Grüne), Stefan Kaufmann (CDU) und Ute Vogt (SPD) haben einen parteiübergreifenden Aufruf von baden-württembergischen Parlamentariern gegen die umstrittene Online-Petition „Zukunft-Verantwortung-Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ organisiert. Sie hätten „kein Verständnis für den Inhalt und Geist der Petition“, schreiben die drei Abgeordneten in dem Aufruf, der der Stuttgarter Zeitung vorliegt.

Baden-Württemberg sei ein Land der Vielfalt auf dem Fundament der Grundrechte, heißt es in dem Aufruf, der von mehr als dreißig Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD, Grünen und Linkspartei unterzeichnet wurde. Zu Toleranz und Weltoffenheit gehörten „auch die Akzeptanz sexueller Vielfalt und selbstbestimmter Lebensentwürfe“. Obwohl sie unterschiedlichen Fraktionen angehörten und in der Bildungspolitik teilweise unterschiedliche Positionen verträten, seien sie gemeinsam der Ansicht, „dass Erziehung zur Toleranz eine wichtige Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen ist. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch der tolerante Umgang mit sexueller Vielfalt und unterschiedlichen Lebensentwürfen. Das habe nichts mit ‚pädagogischer, moralischer und ideologischer Umerziehung‘ zu tun, wie es in der Online-Petition heißt – sondern mit Menschenrechten und Demokratie.“

Die Diskussion kreist in diesem Fall um die neuen Unterrichtsleitlinien, die ab 2015 an Schulen in Baden-Württemberg gelten sollen und derzeit von Experten im dortigen Kultusministerium erarbeitet werden. Neben auf die jeweiligen Fächer zugeschnittenen Lehrplänen soll der Bildungsplan auch übergreifende Überlegungen zu Zielen und Grundlinien des Unterrichts enthalten und dabei die „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ besonders berücksichtigen.

Kritiker unter anderem aus christlichen Kreisen werfen den Verantwortlichen vor, auf diesem Wege auch eine neue Sexualmoral etablieren zu wollen, die weit über einen toleranten Umgang etwa mit Homosexuellen hinausgehe. Die entsprechende Online-Petition mit dem Titel „Zukunft - Verantwortung - Lernen“ haben inzwischen mehr als 125.000 Menschen unterzeichnet. Eine Gegenpetition verzeichnet mehr als 65.000 Unterstützer.